



zwanzig vierund zwanzig

Jahresabschluss 2024

PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Jahresabschluss 2024

- 2** Jahresbilanz
- 4** Gewinn- und Verlustrechnung
- 5** Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2024

Aktivseite

			Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€	€	T €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			829.715,00		1.060
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken					3
darunter: bei der Deutschen Bundesbank					(3)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				829.715,00	
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen					
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar					(-)
b) Wechsel					
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			23.902.760,35		20.126
b) andere Forderungen			1.894.923,60	25.797.683,95	3.599
4. Forderungen an Kunden				1.585.693.239,05	1.532.038
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.173.436.734,36				(1.135.344)
Kommunalkredite					(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten					
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					(-)
ab) von anderen Emittenten					
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten					
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					(-)
bb) von anderen Emittenten					
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					(-)
c) eigene Schuldverschreibungen					
Nennbetrag					(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				527.585.293,80	522.979
6a. Handelsbestand					
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.423.332,32		9.423
darunter: an Kreditinstituten	616.077,31				(616)
an Finanzdienstleistungsinstituten					(-)
an Wertpapierinstituten					(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.065,00	9.431.397,32	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften	15,00				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	5.000,00				(5)
bei Wertpapierinstituten					(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				91.000,00	91
darunter: an Kreditinstituten					(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten					(-)
an Wertpapierinstituten					(-)
9. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite					(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			100.723,00		56
c) Geschäfts- oder Firmenwert					
d) Geleistete Anzahlungen				100.723,00	
12. Sachanlagen				69.013.282,21	47.851
13. Sonstige Vermögensgegenstände				19.097.363,51	11.287
14. Rechnungsabgrenzungsposten				6.591.870,45	9.291
15. Aktive latente Steuern					881
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung					
Summe der Aktiva				2.244.231.568,29	2.158.693

Passivseite

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	€	€	€	€	T €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			65.000.000,00		28.008
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			455.700.936,29	520.700.936,29	450.590
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	833.884.757,24				966.735
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	841.537,68	834.726.294,92			5.459
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	348.797.138,73				397.264
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	352.668.621,23	701.465.759,96	1.536.192.054,88		136.839
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				4.366.097,16	2.578
6. Rechnungsabgrenzungsposten				143,86	3
6a. Passive latente Steuern				988.501,56	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			12.191.836,42		13.368
b) Steuerrückstellungen			-		-
c) andere Rückstellungen			2.896.505,20	15.088.341,62	2.945
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				16.384.597,81	10.144
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				18.800.000,00	18.800
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			58.125.850,69		53.581
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	20.258.789,28				19.404
cb) andere Ergebnisrücklagen	50.528.087,49				49.673
cc)		-	70.786.876,77		-
d) Bilanzgewinn			2.798.167,65	131.710.895,11	3.302
Summe der Passiva			2.244.231.568,29		2.158.693
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			92.275,12		92
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	92.275,12	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			71.037.067,44	71.037.067,44	73.980
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2024

	€		Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€	€	T €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		38.168.494,47			32.667
b) festverz. Wertpapieren u. Schuldbuchforderungen		2.873,55	38.171.368,02		5
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				-
2. Zinsaufwendungen			-34.009.814,81	4.161.553,21	-19.725
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	-209,00				(-1)
darunter: erhaltene negative Zinsen	-				-
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverz. Wertpapieren			18.574.344,80		6.106
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			320.786,99		269
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			700.000,00	19.595.131,79	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			1.625.601,06		1.410
6. Provisionsaufwendungen			-3.677.040,58	-2.051.439,52	-3.009
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				837.504,17	9.927
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		14.014,47			(11)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-9.155.849,84			-9.557
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-2.258.705,08	-11.414.554,92		-2.059
darunter: für Altersversorgung	-492.624,74				(-426)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-9.692.695,00	-21.107.249,92	-9.665
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-840.088,17	-1.369
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.159.222,66	-1.356
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-165.236,00			(-185)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-806.601,92		-984
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.027.733,45	221.131,53	2.545
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	-230
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			5.018.385,25	5.018.385,25	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				4.675.705,68	4.975
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-1.872.700,66		-1.632
darunter: Aufwand aus latenten Steuern		-1.869.072,83			(-1.952)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-8.544,99	-1.881.245,65	-49
24a.				-	-
25. Jahresüberschuss				2.794.460,03	3.294
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				3.707,62	8
				2.798.167,65	3.302
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnismrücklagen				-	-
				2.798.167,65	3.302
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnismrücklagen				-	-
				2.798.167,65	3.302
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				2.798.167,65	3.302

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG, Karlsruhe, ist beim Amtsgericht Mannheim unter der Genossenschaftsregister-Nummer 100095 eingetragen. Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB). Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf € lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert zzgl. Zinsabgrenzungen ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungsbetrag und höherem Nennwert wurden – sofern Zinscharakter vorliegt – in den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet. Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Dies betrifft alle nicht akut ausfallgefährdeten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie die nach §§ 26, 27 RechKredV unter der Bilanz auszuweisenden Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerrufbarer und unwiderruflicher Kreditzusagen). Die ermittelten Teilbeträge für die Pauschalwertberichtigung werden von den Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Teilbeträge für das außerbilanzielle Geschäft werden unter den anderen Rückstellungen passiviert und entsprechend von den Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie den unwiderruflichen Kreditzusagen abgesetzt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für den im Anlagevermögen gehaltenen Spezialfonds wurde der beizulegende Zeitwert für die im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände anhand eines stichtagsbezogenen Vereinfachungsverfahrens ermittelt. Im Rahmen dieses Verfahrens werden im Fonds enthaltene Rentenpapiere, bei denen keine Indizien für eine wesentliche Bonitätsverschlechterung vorliegen, zum Nennwert angesetzt, da diese nach der Anlagestrategie des Fonds auch bis zur Fälligkeit gehalten werden (Buy-and-hold-Strategie im Fonds).

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, haben wir nicht im Bestand.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten bilanziert. Nach der Kündigung der Gesellschafterstellung der Komplementär-GmbH sind die Vermögensgegenstände und Schulden der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG per 18.12.2024 auf die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG übergegangen (Gesamtrechtsnachfolge). Die Kündigung (bzw. Gesellschaftsaufhebung) erfolgte einvernehmlich auf der Gesellschafterversammlung. Die Übertragung der Vermögenswerte und Schulden erfolgte nach Wahl zu Verkehrswerten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode (pro rata temporis). Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen, bei Immobilien an der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer von 50 Jahren bis 80 Jahren orientieren. Soweit hierbei Bandbreiten bestehen, wählen wir in der Regel die höchstzulässige Nutzungsdauer. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 250 € wurden als sofort abziehbare Betriebsausgaben erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von 250 € und bis zu 1.000 € wurde eine Poolabschreibung nach steuerlichen Vorgaben vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (aus der Einbringung von Immobilien) und Sachanlagen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen an Kunden und Rückstellungen gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein passiver Überhang von latenten Steuern, für den nach § 274 Abs. 1 Satz 1 HGB ein Sonderposten (Posten 6a.) zu bilden war. Aktive und passive latente Steuern wurden saldiert ausgewiesen.

Der Berechnung der Steuerlatenzen wurde ein Steuersatz von 31,45 Prozent bzw. 15,825 Prozent zugrunde gelegt.

Die mit den bilanzierten latenten Steuerschulden (Bilanzposten 6a. Passive latente Steuern) zusammenhängenden aktiven und passiven latenten Steuersalden haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01	Veränderung	Stand am Bilanzstichtag
	€	€	€
Aktive latente Steuern	880.571	-880.571	-
Passive latente Steuern	-	988.502	988.502

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der ‚Richttafeln 2018 G‘ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Rententrend wurden 2 Prozent p.a. bei Mitarbeitern und Vorstand sowie 3 Prozent p.a. bei den laufenden Pensionen angenommen. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2024 entsprechend dem für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahren mit 1,90 Prozent. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,97 Prozent) ergibt sich nunmehr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 88.453 €, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen werden im Wesentlichen Kontoführungsgebühren angesetzt. Gemäß einer internen Erhebung bzw. Schätzung wird der Anteil der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte an den gesamten Verwaltungsaufwendungen ermittelt. Bei der Bemessung der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte werden Overheadkosten anteilig berücksichtigt. Individuelle Refinanzierungsmöglichkeiten werden bei dieser barwertigen Betrachtung berücksichtigt. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2024 in Höhe von 71.037.067 € betreffen 71.037.067 € Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen oder Eventualverbindlichkeiten wird der jeweilige Posten unter dem Strich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt. Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses wird vor dem verbindlichen Eingehen sowie während der Laufzeit einer Verpflichtung das Risiko aus der Inanspruchnahme für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen eingeschätzt. Dabei ist im Wesentlichen die Bonität des Auftraggebers bzw. Kreditnehmers ausschlaggebend. Im Falle der Verschlechterung der Bonität, die den Ausgleich der Inanspruchnahme ganz oder teilweise nicht mehr erwarten lässt, werden Rückstellungen gebildet. Den latenten Risiken der Positionen unter dem Bilanzstrich wurde durch die Bildung von Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller oder außerbilanzieller Posten gegen das allgemeine Zinsänderungsrisiko. Sie wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten. Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese der Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen. Geleistete Barsicherheiten für bilateral abgewickelte OTC-Derivate des Nichthandelsbestands sind im Bilanzposten Aktiva 13 „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle €)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Anlagevermögen	380.829	85.383	-	a) 26.140 b) -	440.072	100.723	55.776
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	48.505.234	67.688.093	-3.972.539	a) 42.400.000 b) -	69.820.788	67.133.120	46.117.206
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5.403.386	805.381	-	a) 1.439.109 b) -	4.769.658	1.880.162	1.733.814
a	54.289.449	68.578.857	-3.972.539	a) 43.865.249 b) -	75.030.518	69.114.005	47.906.796
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Anlagevermögen	325.053	-	26.140	-	40.436	-	339.349
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	2.388.028	-	-	-	299.640	-	2.687.668
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	3.669.572	-	1.280.088	-	500.012	-	2.889.496
a	6.382.653	-	1.306.228	-	840.088	-	5.916.513
	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)				Buchwerte am Bilanzstichtag	
	€	€				€	
Wertpapiere des Anlagevermögens	431.257.004	4.450.000				435.707.004	
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	9.431.397	-				9.431.397	
Anteile an verbundenen Unternehmen	91.000	-				91.000	
b	440.779.401	4.450.000				445.229.401	
Summe a und b	495.068.850					514.343.406	

Nach der Kündigung der Gesellschafterstellung der Komplementär-GmbH sind die Vermögensgegenstände und Schulden der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG per 18.12.2024 auf die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG übergegangen (Anwachsung). Die Kündigung (bzw. Gesellschaftsaufhebung) erfolgte einvernehmlich auf der Gesellschafterversammlung. In diesem Zusammenhang wurden Grundstück sowie Gebäude der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG nach Wahl zu Zeitwerten übernommen. Zur objektiven Festsetzung der Zeitwerte für Grundstück und Immobilie wurde ein aktuelles Wertgutachten eingeholt. Die angewachsene Immobilie wurde im Anschluss in die PSD KN Opportunity 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG übertragen.

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 25.791.246 € Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	€	€	€	€
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	1.894.924	–	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	26.153.260	55.916.141	300.547.061	1.201.717.641

In den Forderungen an Kunden sind 1.359.136 € Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	6.437	45.326

- Wir halten Anteile an Sondervermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	€	€	€	€	Ja/Nein
Renditeerwartung	313.235.294	299.677.749	-13.557.545	4.411.204	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	€	Jahr
a) PSD KN Immobilien GmbH, Karlsruhe	100,00	2024	25.000	2024	244.934
b) PSD KN Beteiligungs GmbH, Karlsruhe	100,00	2024	31.000	2024	3.367
c) PSD Invest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	100,00	2024	25.717	2024	60.427
d) PSD KN Opportunity 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG, Karlsruhe	100,00	2024	121.425.000	2024	3.009.810
e) PSD KN Core 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG, Karlsruhe	95,24	2024	50.526.000	2024	1.576.467

Bei den unter d) und e) genannten Unternehmen handelt es sich um geschlossene Spezial-AIF und damit um Investmentvermögen. Diese werden nach § 17 i.V.m. § 7 Abs. 1 RechKredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bilanziert.

Auf den Konzernabschluss wird verwiesen.

Das unter b) genannte Unternehmen wurde nicht in den Konzernabschluss einbezogen, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	€	Jahr
DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2119	2024	3.209.328.336	2024	121.007.935

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 221.357.003,54 € haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 207.799.458,33 €.

Auf die im Anlagevermögen ausgewiesenen Investmentfondsanteile wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB nicht vorgenommen. Die Wertminderung bei diesen Anlagen wird von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da für die im Fonds enthaltenen festverzinslichen Wertpapiere eine Durchhalteabsicht besteht und die Rückzahlung zum Nennwert erfolgt.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	€
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	16.262.477
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.880.162

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	€
Steuererstattungsansprüche Vorjahre	6.615.145
Steuererstattungsansprüche aus Verrechnung Umsatzsteuer	3.873.113
Ausschüttungen/Gewinnentnahmen	4.350.000
Steuererstattungsansprüche KöSt/Soli	2.045.826
Variation Margin	1.100.000

- Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Cap-Prämien in Höhe von 6.376.865,42 € enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 395.700.936 € Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate €	mehr als drei Monate bis ein Jahr €	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre €	mehr als fünf Jahre €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	1.288.037	51.414.165	227.383.596	175.615.138
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	11.918	521.729	307.891	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	131.755.751	149.308.037	65.149.447	6.455.386

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	€
Verbindlichkeiten aus Pensionsverpflichtungen	1.741.459
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	1.426.161
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	721.827

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 144 € (Vorjahr: 437 €) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 327.338 € an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen: Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 6 Jahre (Zinssatz 2,22 Prozent bzw. 3,00 Prozent p.a.) bzw. 10 Jahre (Zinssatz 2,25 Prozent p.a.).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.342.080	1.683.409

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	€
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	55.435.905
b) der ausscheidenden Mitglieder	2.595.346
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	94.600
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	13.795

Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	€	€
Stand 1. Januar 2024	19.403.789	49.673.087
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	855.000	855.000
Stand 31. Dezember 2024	20.258.789	50.528.087

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss unter Einbeziehung eines Gewinnvortrags wie folgt zu verwenden:

	€
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,000 %	1.606.941,80
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	595.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	595.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	1.225,85
Insgesamt	2.798.167,65

Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2024

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 88.453 € ergibt.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte mit Zins-Swaps und Caps des Nichthandelsbestands über nominal 460 Mio. €.

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands (exklusive Stückzinsen), die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressrisiken sind als risikogewichtete Positionsbeträge entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften angegeben.

Angaben in T €	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	≤ 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	–	–	10.000,0	10.000,0	–	911,0
Zinsoptionen – Käufe	50.000,0	350.000,0	50.000,0	450.000,0	5.803,0	–

Die in der vorstehenden Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden zu 100 Prozent zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung eingesetzt. Der unter dem Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasste Buchwert der Zinsbegrenzungsvereinbarungen des Nichthandelsbestands beläuft sich auf 6.376.865,42 €.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in €
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	39.839.145

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Im Zinsergebnis sind keine negativen Zinsen enthalten. Ebenso haben wir keine positiven Zinsen aus Kundeneinlagen generiert.
- Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, resultieren aus Kontoführungs- und Buchungsgebühren sowie der Vermittlung von Bauspar- und Investmentverträgen. Die Provisionsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermittlung von Krediten.
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Im GuV-Posten 3 Laufende Erträge sind folgende wesentliche Einzelpositionen enthalten:

- Fondsausschüttungen 7.513.141,19 € aus PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG
- Fondsausschüttungen 5.000.000,00 € aus PSD KN Opportunity 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG

Sonstige betriebliche Aufwendungen	€
Aufzinsung von Rückstellungen	165.236

- Im GuV-Posten 16 sind 5.018.385 € Erträge aus der Anwachsung der PSD KN ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG enthalten.

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 113.880 €.
- Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 55.999 €.
- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31.12.2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 2.785.863 €.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	€
Mitglieder des Vorstands	32.909
Mitglieder des Aufsichtsrats	1.080.345

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 4.156.808 €.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 433c Abs. 2 CRR) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2024 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	93,75	57,92

■ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl Geschäftsanteile
Anfang 2024	60.844	518.822
Zugang 2024	1.317	68.414
Abgang 2024	3.025	28.308
Ende 2024	59.136	558.928

	€
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	4.044.819
Höhe des Geschäftsanteils	100
Höhe der Haftsumme	–

■ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbands:

Verband der PSD Banken e.V.
Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

■ Mitglieder des Vorstands:

Volker Staeger, Vorsitzender – Hauptamtlicher Geschäftsleiter (bis 31.07.2024)
Christian Berle, stv. Vorsitzender (bis 31.07.2024), Vorstandssprecher (ab 01.08.2024) – Hauptamtlicher Geschäftsleiter
Sonja Kelkel – Hauptamtliche Geschäftsleiterin (ab 01.01.2024)

■ Mitglieder des Aufsichtsrats:

Harald Sparr, Aufsichtsratsvorsitzender
Betriebsratsvorsitzender a.D. Telekom Deutschland GmbH & Service Deutschland Südwest
Thorsten Dossow, stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Bezirksgeschäftsführer ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald
Florian Fischer
Freigestellter Betriebsrat Deutsche Telekom ISP GmbH
Vera Guderian
Niederlassungsleiterin a.D. Brief Gießen Deutsche Post AG, DHL
Julia Knedler
Syndikusrechtsanwältin Riverty Group GmbH
Isabel Limerov
Gewerkschaftssekretärin ver.di Baden-Württemberg
Michelle Meer
Rechtsanwältin
Tilo Welz
Diplom-Finanzwirt (FH), M.A., Bundesministerium der Finanzen
Susanne Wenz
Gewerkschaftssekretärin a.D. ver.di Baden-Württemberg

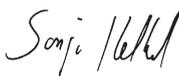
Karlsruhe, 31. März 2025

PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Der Vorstand



Christian Berle



Sonja Kelkel

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG, Karlsruhe

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hin-

aus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung Kundenforderungen
2. Vermögensübertragung aus einem verbundenen Unternehmen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge unter Aufdeckung stiller Reserven

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von 1.585,7 Mio. €. Dies entspricht 70,7 Prozent der Bilanzsumme.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist.

Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse durch Prüfung in Stichproben überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab. Des Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Bank im Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen insbesondere die Höhe der ungesicherten Kreditteile und die Gesamtzusage berücksichtigt.

Hierauf aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge einer Einzelfallprüfung unterzogen.

Im Hinblick auf die gebildete Pauschalwertberichtigung zur Berücksichtigung vorhersehbarer, aber noch nicht konkretisierter Ausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern auseinandergesetzt. Dabei haben wir die zutreffende Ableitung der sachlichen und betraglichen Bemessungsgrundlagen nachvollzogen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter nachvollzogen und plausibilisiert.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt „B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen im Abschnitt „3. Vermögenslage“ (Seite 25) und zu den Verfahren der Risikosteuerung im Abschnitt „3. Adressenausfallrisiken – Forderungen an Kunden“ (Seite 27) enthalten.

2. Vermögensübertragung aus einem verbundenen Unternehmen im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge unter Aufdeckung stiller Reserven

a) Sachverhalt und Problemstellung

Mit Vertrag über den Wechsel des Komplementärs der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG ist die PSD KN Beteiligungs GmbH der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG als persönlich haftende Gesellschafterin beigetreten. Unmittelbar anschließend ist die UII PSD KN ImmoInvest GP GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin ausgeschieden.

Die durch die Bank beherrschte PSD KN Beteiligungs GmbH hat anschließend ihre Gesellschafterstellung als Komplementärin der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg, gekündigt und damit aufgegeben. Dadurch gingen die Vermögensgegenstände und Schulden der PSD ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG auf deren alleinige Kommanditistin, die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG, durch Gesamtrechtsnachfolge im Wege der Anwachsung über.

Die handelsrechtliche Bilanzierung des Vorgangs erfolgte nach Tauschgrundsätzen. Die Bank hat das Wahlrecht ausgeübt, die übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden mit dem Zeitwert der untergehenden Anteile an dem verbundenen Unternehmen anzusetzen. Dies führte zu einer Aufdeckung stiller Reserven in den untergehenden Anteilen in Höhe von 5,0 Mio. €, die nach § 340c Abs. 2 HGB in die Saldierung mit anderweitigen nach der vorstehenden Gesetzesnorm einschlägigen Erträgen und Aufwendungen aus Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren eingegangen sind.

Nachfolgend hat die Bank die durch die Anwachsung erhaltenen Vermögensgegenstände als alleinige Kommanditistin in die PSD KN Opportunity 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht. Hierbei handelt es sich um einen geschlossenen Spezial-AIF (Alternative Investmentfonds) in Form einer Investmentkommanditgesellschaft und damit um Investmentvermögen im Sinne des KAGB. Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Bank nach § 290 HGB einzustufen.

Die zutreffende Bewertung der nach Tauschgrundsätzen übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden unterliegt erheblichen Ermessensspielräumen und stellt daher nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung erfolgte eine Beurteilung der Zeitwertermittlung der untergehenden Anteile, der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden sowie deren zutreffender Ansatz im Jahresabschluss. Hierbei haben wir ein Wertgutachten eines Sachverständigen einbezogen. Hinsichtlich der Verkehrswerte haben wir die von einem Immobiliengutachter erstellten Wertgutachten in Bezug auf ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die dem Wertgutachten zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Des Weiteren haben wir die Vorgaben des IDW RS HFA 42 beurteilt. Darüber hinaus haben wir die rechnerische Richtigkeit der Ermittlung des vereinnahmten Gewinns aus dem Abgang der Anteile an verbundenen Unternehmen und dessen zutreffenden Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung nachvollzogen. Zudem haben wir uns von zutreffenden Angaben im Anhang überzeugt.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Genossenschaft sind im Anhang unter den Abschnitten „B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, „C. Entwicklung des Anlagevermögens“ sowie „D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung“ enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen unter den Abschnitten „3. Geschäftsverlauf – Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr“ (Seite 23) sowie „1. Ertragslage“ (Seite 24) enthalten.

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bestätigungsvermerks nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur

Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken und, sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 WpHG
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist David Peters.

Bonn, den 20. Mai 2025
Verband der PSD Banken e.V.



Peters
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Vertreterversammlung am 26. JUNI 2025 festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2024

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2024 22.543 T €.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 134,70.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 4.676 T €.

Die Steuern auf Gewinn betragen 1.873 T € und betreffen laufende sowie auch latente Steuern.

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Lagebericht 2024

21 Lagebericht

30 Bericht des Aufsichtsrats

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG ist eine genossenschaftliche Direktbank überwiegend für Privatkundinnen und Privatkunden. Von Nordbaden über die Metropolregion Rhein-Neckar bis in die Pfalz erstreckt sich die Heimatregion. Die Wurzeln der PSD Bank reichen bis in das Jahr 1872 zurück. Damals regte Generalpostmeister Heinrich von Stephan die Gründung von Spar- und Vorschußvereinen an, um die Postbediensteten nach dem genossenschaftlichen Vorbild finanziell abzusichern. Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Als institutsbezogene Sicherungssysteme schützen sie über den Institutsschutz hinaus auch die Einlagen der Kundinnen und Kunden.

Die PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG hat Geschäftsstellen in Karlsruhe und Speyer und bietet eine Kombination aus persönlichen und digitalen Serviceangeboten. Wertorientiert und partnerschaftlich fördert die PSD Bank ihre Mitglieder sowie Kundinnen und Kunden – als verlässlicher Partner bei der Finanzierung privater Wohnimmobilien, bei der kompetenten und fairen Anlageberatung sowie mit leistungsstarken Produkten in den Bereichen Sparen, Anlegen, Vorsorgen, Versichern, Privatkredit und Girokonto. Regional verwurzelt und der Gemeinschaft sowie der Heimat und Umwelt eng verbunden, engagiert sich die PSD Bank über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinaus für die Gesellschaft. Die PSD Bank steht für nachhaltiges Handeln und unterstützt soziale Projekte in der Region.

Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Jahr 2024 fiel in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abermals schwach aus. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Prozent. Bereits im Jahr 2023 war die reale Wirtschaftsleistung aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen etwas zurückgegangen (-0,3 Prozent). Erfreulich ist jedoch, dass die Inflation weiter nachließ. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 Prozent, nachdem sie sich 2022 und 2023 noch um hohe 6,9 Prozent und 5,9 Prozent verteuert hatten.

Die Konjunkturflaute der deutschen Wirtschaft hielt auch im Jahr 2024 an. Sie war neben der verhaltenen globalen Industriekonjunktur auch geprägt von inländischen Strukturproblemen wie den im internationalen Vergleich hohen Strom- und Gaspreisen, dem anhaltenden Fachkräftemangel, der hohen Bürokratiebelastung und der in weiten Teilen vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur. Überlagert wurden diese Einflüsse von den hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten – die mit dem Bruch der Regierungskoalition in Deutschland und dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen zum Jahresende nochmals zunahmen. Die Inflation verringerte sich allmählich in Richtung der geldpolitisch angestrebten Zwei-Prozent-Marke und die Leitzinsen wurden schrittweise zurückgeführt. Die wirtschaftspolitischen und geopolitischen Unsicherheiten blieben markant.

In diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld entwickelte sich das Kredit- und Einlagengeschäft der 672 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie der sonstigen Genossenschaftsbanken mit ihren über 30 Millionen Privat- und Firmenkunden im Geschäftsjahr 2024 besser als erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr gewann insbesondere das bilanzielle Kundeneinlagengeschäft wieder merklich an Dynamik.

Auch konnten die deutschen Genossenschaftsbanken in diesem dämpfenden Wirtschaftsumfeld ihre Kreditvergabe leicht steigern. So erhöhten sich die bilanziellen Kundenforderungen der Genossenschaftsbanken im Vorjahresvergleich um 20 Milliarden € auf 797 Milliarden € (+2,6 Prozent). Die Kundeneinlagen nahmen erfreulich zu. Das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken mit ihren Kunden erfuhr im Jahr 2024 eine deutliche Ausweitung. Dies lag vor allem daran, dass die Bankkunden ihre Bestände an Termineinlagen weiter aufstockten. Im Ergebnis stiegen die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken Ende 2024 um 32 Milliarden € auf 892 Milliarden € (+3,7 Prozent). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 33 Milliarden € (oder 2,9 Prozent) auf 1.208 Milliarden €.

Die addierte Bilanzsumme der 12 PSD Banken stieg um 310 Mio. € (oder 1,1 Prozent) auf insgesamt 27.552 Mio. €.

2. Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei stellen die Kennzahlen „Betriebsergebnis nach Bewertung“ (GuV-Position 19 Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) und „Kernkapitalquote“ (Kernkapital x 100/Gesamtrisikobetrag) für uns bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren dar, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen. Im

Lagebericht wird auf deren Entwicklung in der Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs, der Lage der Genossenschaft sowie im Rahmen des Prognoseberichts eingegangen.

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024 stellt sich wie folgt dar:

Unsere zu Jahresbeginn erstellte Prognose haben wir aufgrund des veränderten Marktzinsumfelds zum 30.06.2024 angepasst. Das Betriebsergebnis nach Bewertung verringerte sich von 4.975 T € auf 4.676 T € und liegt damit unterhalb unserer Prognose per 30.06.2024 von 4.754 T €. Ursächlich waren u. a. ein geringerer Zinsüberschuss sowie ein Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses, welches im Vorjahr durch einen positiven Einmaleffekt geprägt war. Der Anstieg bei den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie das positive Bewertungsergebnis konnten die vorgenannten Rückgänge nicht vollständig ausgleichen. Die Kernkapitalquote belief sich auf 13,14 Prozent. Dies stellt einen geringen Rückgang gegenüber dem Vorjahr (13,21 Prozent) dar und blieb damit hinter unserer Prognose zum 30.06.2024 zurück.

3. Geschäftsverlauf der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Bilanzsumme	2.244.232	2.158.693	+ 85.539	+ 4,0
Außerbilanzielle Geschäfte	531.129	634.072	- 102.943	- 16,2

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf 2.244.232 T €. Maßgeblich hierfür war insbesondere das weitere Wachstum im Kundengeschäft (Anstieg der Kundenforderungen und der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden).

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 92 T € (Bürgschaften), aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 71.037 T € und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 460.000 T € zusammensetzen, liegen unter Vorjahresniveau. Der Rückgang resultiert aus der Fälligkeit von Derivaten.

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Kundenforderungen	1.585.693	1.532.038	+ 53.655	+ 3,5
Wertpapiere	527.585	522.979	+ 4.606	+ 0,9
Forderungen an Kreditinstitute	25.798	23.725	+ 2.073	+ 8,7

Die Entwicklung des Aktivgeschäfts entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die geplanten Ziele wurden leicht übertroffen.

In der Struktur der Aktivseite sind im Berichtsjahr folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Im Berichtsjahr konnte das Kreditvolumen – trotz schwieriger Rahmenbedingungen – aufgrund von hoher Nachfrage nach Bankkrediten durch Privatkunden erhöht werden. Dabei wurden unsere Erwartungen leicht übertroffen.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	520.701	478.597	+ 42.104	+ 8,8
Spareinlagen von Kunden	834.726	972.194	- 137.468	- 14,1
andere Einlagen von Kunden	701.466	534.103	+ 167.363	+ 31,3

Die Entwicklung des Passivgeschäfts verlief im Vergleich zum Vorjahr insgesamt positiv. Unsere Planwerte im Bereich der Spareinlagen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben wir deutlich übertroffen, bei den anderen Einlagen von Kunden konnten wir die Prognosewerte nicht erreichen.

In der Struktur der Passivseite sind aufgrund der Marktzinsveränderungen Umschichtungen innerhalb der anderen Verbindlichkeiten von täglich fälligen hin zu längeren Laufzeiten zu verzeichnen.

Wir haben Einlagen von institutionellen Anlegern in Höhe von 184 Mio. € (Vorjahr: 106 Mio. €) hereingenommen. Davon entfallen ca. 52 Mio. € auf Einlagen unseres Spezialfonds.

Die Zuwachsraten bei den Kundengeldern blieben hinter der Ausweitung des Kreditvolumens zurück. Dies führte zu einem verstärkten Rückgriff auf Banken-Refinanzierungen und somit zur Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Dienstleistungsgeschäft

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	11	10	+ 1	+ 10,0
andere Vermittlungserträge	534	409	+ 125	+ 30,6
Erträge aus Zahlungsverkehr	1.062	975	+ 87	+ 8,9

Die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft konnten gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Die überarbeiteten Planzahlen vom 30.06.2024 wurden hingegen in Summe knapp verfehlt.

Insbesondere die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sowie aus der Vermittlung von Bausparverträgen trugen zur Steigerung des Ergebnisses bei.

Immobilien-geschäft

Als wesentlichen strategischen Eckpfeiler sehen wir die Investition in werthaltige Wohnimmobilien und Bürogebäude zur Erzielung von Mieterträgen. Im Geschäftsjahr haben wir den Bestand an solchen Immobilien weiter ausgebaut.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurde der Um- bzw. Neubau des Projekts „Markgräfliches Palais“ am Rondellplatz in Karlsruhe mit Investitionen in Höhe von 20,2 Mio. € fortgesetzt. Ebenso wurden im Bankgebäude am Standort Karlsruhe die selbst genutzten Flächen im 4. und 5. OG des Bestandsgebäudes renoviert.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die PSD Beteiligungs GmbH ist als Komplementär der PSD KN ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG durch Vereinbarung zum 18.12.2024 ausgeschieden. Damit einhergehend ist die PSD KN ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG aufgelöst und das Gesellschaftsvermögen auf den Kommanditisten, PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG, angewachsen. Die angewachsene Immobilie wurde im Anschluss in die PSD KN Opportunity 1 GmbH & Co. geschlossene InvKG übertragen.

Lage der PSD Bank Karlsruhe–Neustadt eG

1. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Zinsüberschuss ¹⁾	4.162	12.946	- 8.784	- 67,9
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18.574	6.106	+ 12.468	+ 204,2
Provisionsüberschuss ²⁾	-2.051	-1.599	- 452	- 28,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	-322	8.571	- 8.893	- 103,8
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	11.415	11.616	- 201	- 1,7
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	9.693	9.665	+ 28	+0,3
Bewertungsergebnis ⁴⁾	5.240	1.332	+ 3.908	+ 293,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	4.676	4.975	- 299	- 6,0
Steueraufwand	1.881	1.680	+ 201	+ 12,0
Jahresüberschuss	2.794	3.294	- 500	- 15,2

¹⁾ GuV–Posten 1 abzüglich GuV–Posten 2

²⁾ GuV–Posten 5 abzüglich GuV–Posten 6

³⁾ GuV–Posten 8 abzüglich GuV–Posten 12

⁴⁾ GuV–Posten 13–16

Im Berichtsjahr war ein Rückgang des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch höhere Zinsaufwendungen aus Sichteinlagen/Spareinlagen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; diese konnten nicht durch gestiegene Zinserträge aus dem Kundenkreditgeschäft kompensiert werden.

Demgegenüber war ein Anstieg bei den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen. Die Veränderung begründet sich durch höhere Ausschüttungen aus unseren Investment KGs. Hiervon entfallen 9,24 Mio. € auf thesaurierte Erträge des Vorjahres.

In der Gesamtbetrachtung von Zinsüberschuss und laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren blieben wir deutlich hinter unseren Prognosen zurück.

Die Veränderungen des Provisionsüberschusses sind zurückzuführen auf gestiegene Aufwendungen für Vermittlerprovisionen. Diese konnten durch höhere Erträge aus dem Zahlungsverkehr nicht kompensiert werden.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis war ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dies ist einem Einmaleffekt aus dem Vorjahr geschuldet (Erträge aus der Einbringung zweier Immobilien in eine unserer Investment KGs). Unsere prognostizierten Werte wurden leicht verfehlt.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich im Berichtsjahr minimal verringert. Dies ist hauptsächlich dem Rückgang der Personalaufwendungen geschuldet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind leicht angestiegen, wobei die größte Steigerung im Bereich der EDV-Kosten zu finden ist. Insgesamt haben sich die Verwaltungsaufwendungen geringfügig negativer entwickelt, als unsere angepasste Prognose erwarten ließ.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich positiv entwickelt. Dies ist insbesondere auf Zuschreibungen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (5.018 T € aus Anwachsung der PSD KN ImmoInvest GmbH & Co. geschlossene InvKG) zurückzuführen. Insgesamt hat das Bewertungsergebnis unsere Planungen im positiven Sinne übertroffen.

Das Betriebsergebnis nach Bewertung (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) hat sich aufgrund der dargestellten Faktoren im Vorjahresvergleich um 299 T € verringert und unsere Prognosen somit geringfügig unterschritten.

Der Steueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht. Er wurde durch latente Steuern in Höhe von 1.869 T € beeinflusst und hat sich besser entwickelt als zuletzt prognostiziert.

Der Jahresüberschuss ist insgesamt deutlich zurückgegangen, hat jedoch unsere angepasste Planung nahezu erreicht. Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 2.798 T €, 1.190 T € den Rücklagen zuzuweisen.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) zur Verfügung. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) abzuschließen, wurde nicht genutzt. Übernachtskredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren aufgrund der vorhandenen Liquiditätsreserven sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter „4. Liquiditätsrisiken“ (Seite 27).

3. Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Gezeichnetes Kapital	58.126	53.581	+ 4.545	+ 8,5
Rücklagen	70.787	69.077	+ 1.710	+ 2,5

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder. Die Ziele unserer angepassten Prognose wurden erreicht. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 18.800 T €.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 7,19 Prozent auf 7,37 Prozent erhöht.

Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote belaufen sich auf 13,14 Prozent (Vorjahr: 13,21 Prozent) und sind leicht zurückgegangen. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,12 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 70,66 Prozent.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen, Einzelrückstellungen, Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	T €	T €	T €	%
Anlagevermögen	435.707	431.257	+ 4.450	+ 1,0
Liquiditätsreserve	91.878	91.722	+ 156	+ 0,2

Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich durch die Einbringung von Immobilien in eine unserer Investment-Kommanditgesellschaften erhöht.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 435.707 T € wie Anlagevermögen bewertet. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 13.609 T € vermieden.

Strukturierte Finanzinstrumente haben wir nicht im Bestand.

Die Veränderung bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve resultiert aus Zuschreibungen.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Das Sachanlagevermögen ist angestiegen, da im Geschäftsjahr der Neubau des Markgräflichen Palais am Rondellplatz in Karlsruhe weiter fortgeschritten ist.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-/Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 460.000 T € eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

4. Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Wir beurteilen die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zur Planung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insgesamt als zufriedenstellend. In der Gesamtbetrachtung (Jahresüberschuss) konnte die angepasste Prognose erreicht werden.

Der Zinsüberschuss, die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, das Provisi- onsergebnis und die Verwaltungsaufwendungen blieben hinter unseren Erwartungen zurück.

Das Bewertungsergebnis sowie der Steueraufwand haben sich besser als geplant entwickelt.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr eingehalten wurden. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung sind gut, da sie den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen entsprechen.

Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

1. Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen/Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des barwertigen Risikotragfähigkeitskonzepts. Durch eine Eckwertplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mithilfe von Kennzahlen und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unsere im Rahmen der barwertigen Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale zum Bilanzstichtag betragen im Standard-Szenario 152,3 Mio. € (davon ansetzbare Risikobudgets 129 Mio. €).

Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 115,37 Mio. €, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Marktpreisrisiken 60,94 Mio. € (davon Zinsänderungsrisiko 40,86 Mio. €, Fonds 20,08 Mio. €), Adressenausfallrisiken 10,10 Mio. € (davon Forderungen an Kunden 3,42 Mio. €, Eigenanlagen 6,68 Mio. €), operationelle Risiken 0,43 Mio. €, Liquiditätsrisiken 5,74 Mio. € und Immobilienrisiken 38,15 Mio. €.

Unser Stresstestkonzept umfasst die beiden Steuerungsperspektiven der Bank (ökonomische und normative Perspektive) und fokussiert hierbei jeweils die Adäquanz der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Bank. Im Rahmen des Stresstestkonzepts ermitteln wir regelmäßig und anlassbezogen die Auswirkungen von Stresstests, adversen Szenarien und Sensitivitätsanalysen.

Im Folgenden erläutern wir das Risikomanagement unserer wesentlichen Risiken.

2. Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsrisiken messen wir vierteljährlich mit dem Softwaremodul VR-Control Zinsmanagement, wobei ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent bei einer Haltedauer von 250 Tagen zur Anwendung kommt. Die gemessenen Risiken werden in einem Limitsystem dem entsprechenden Teilrisikolimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung bestimmter Maßnahmen auslöst. Im Geschäftsjahr bewegte sich das Zinsrisiko innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Teilrisikolimits.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablaufkennlinien auf der Grundlage gleitender Durchschnitte und Elastizitäten ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die Zinsrisiken auch im Kontext des Zinsrisikoeffizienten ermittelt.

Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung haben wir dazu Zins-Swaps und Caps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäfts in Wertpapier-Spezialfonds sowie direkt oder über Fonds in Immobilien. Die Risiken der Wertpapier-Spezialfonds werden über Risikomodelle der Fondsgesellschaften quantifiziert und in das Risikotragfähigkeitssystem einbezogen. Im Falle der Immobilien und Immobilienfonds erfolgt dies intern mithilfe von Risikomodelle der Fa. parclT.

3. Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Softwaremodul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent bei einer Haltedauer von 250 Tagen.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit Value at Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgen auf der Basis von Limitierungen. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen sind nicht vorhanden.

Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, Einschätzungen der DZ Bank und eigene Analysen von Berichten/Veröffentlichungen der Emittenten zurück.

Der Risikoausweis für das Adressenausfallrisiko unserer Eigenanlagen in Spezialfonds erfolgt kumuliert unter den Sonstigen Marktpreisrisiken.

Wir führen derzeit im Wesentlichen Verbundbeteiligungen. Wir beurteilen Beteiligungsrisiken nicht als wesentliche Risikoart.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Für weitere Ausführungen zu den Eigenanlagen verweisen wir auf unsere Darstellungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

4. Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mithilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotenzial (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

Weiter wird zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Zum Bilanzstichtag belief sich die Kennziffer auf 145 Prozent. Im Geschäftsjahr bewegte sie sich zwischen 109 Prozent und 313 Prozent und lag somit stets über dem geforderten Mindestwert von 100 Prozent.

Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont.

Darüber hinaus wird die Liquidität durch Fälligkeitslisten bzw. Cashflow-Ermittlung überwacht.

Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Zum Bilanzstichtag lag die NSFR bei 129 Prozent und damit über der Mindestanforderung von 100 Prozent.

Im Hinblick auf unsere Refinanzierungsquellen verweisen wir auf Abschnitt „2. Finanz- und Liquiditätslage“ (Seite 25). Das Refinanzierungskostenrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft.

In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Verkäufe erschwert werden, schätzen wir als gering ein.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagen- und Liquiditätsstrategie streuten wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

5. Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die operationellen Risiken werden auf Basis eines Self-Assessments ermittelt, wobei die Berechnung des Value at Risk (VaR) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung (RTF) unter Berücksichtigung historischer Schadenfälle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent erfolgt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Back-up-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision sowie Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare sowie von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Hilfe bzw. Rechtsberatung in Anspruch.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

6. Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2024 unter den definierten Risikoberechnungen gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2024 jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 15,03 Prozent, die Kernkapitalquote auf 13,14 Prozent. Die zu ihrer Deckung vorhandenen Eigenmittel belaufen sich zum 31.12.2024 auf 165.249 T €. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2025 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank voraussichtlich gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank voraussichtlich nicht wesentlich beeinträchtigen können. Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG für das nächste Geschäftsjahr 2025 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach zwei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation zur Jahreswende 2024/25 in einer schwierigen Ausgangslage. Seit der Coronapandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine stagniert die deutsche Wirtschaft infolge der damit verbundenen Energiepreisanstiege und Kaufkraftverluste sowie zunehmender struktureller Herausforderungen durch den demografischen Wandel, eine zunehmende geopolitische Fragmentierung und eine abnehmende Wettbewerbsfähigkeit. Während Wachstumsimpulse im vergangenen Jahr vor allem von den öffentlichen und in geringerem Maße von den privaten Konsumausgaben kamen, gingen die Investitionen in Maschinen, Anlagen und Bauten deutlich zurück. Die stark exportorientierte Industrie hat mit Gegenwind durch eine schwächere Wettbewerbsposition und steigende Produktionskosten zu kämpfen. Zudem wurde die Wachstumsinitiative der Bundesregierung infolge des vorzeitigen Koalitionsendes nur zum Teil umgesetzt.

Insgesamt rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für 2025 mit einem verhaltenen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen im kommenden Geschäftsjahr von den Folgen der geopolitischen Entwicklungen, dem verstärkten Wettbewerb, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck, wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, der Entwicklung der Immobilienpreise sowie den Volatilitäten an den Kapitalmärkten geprägt.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Unsere Eckwertplanung basiert auf folgenden wesentlichen Annahmen:

In Erwartung einer leicht positiven konjunkturellen regionalen Wirtschaftsentwicklung gehen wir für das nächste Geschäftsjahr von einem Wachstum in Höhe von 2,5 Prozent im Kundenkreditgeschäft aus. Diese Prognose basiert auf der Prämisse einer steiler werdenden Zinsstrukturkurve.

Im Einlagengeschäft gehen wir von einem moderaten Wachstum in Höhe von 1,93 Prozent aus.

Wesentliche Investitionen haben wir für den Neubau des Markgräflichen Palais am Rondellplatz in Karlsruhe sowie die Digitalisierung von Prozessen vorgesehen.

Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung für die Ertragslage ist auch im kommenden Jahr die Entwicklung der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung.

Wir rechnen auf der Grundlage unserer Zinsprognose mit einer steileren Zinsstrukturkurve. Durch den hohen Wettbewerbsdruck gehen wir trotz der erwarteten Steigerungen im Kredit- und Einlagengeschäft im nächsten Jahr von einem erheblich fallenden Zinsergebnis aus.

Das Provisionsergebnis wird sich u.a. durch geplante höhere Erträge aus dem Verbundgeschäft und dem Zahlungsverkehr um ca. 1.095 T € verbessern.

Die Personalaufwendungen werden nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr moderat steigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen prognostizieren wir einen geringen Anstieg um ca. 78 T €.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird sich durch geplante Erträge aus der Einbringung von Immobilien in eine Investment KG stark erhöhen.

Bei den Forderungen an Kunden rechnen wir mit einem Bewertungsergebnis von -400 T €. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird erheblich von der weiteren konjunkturellen Entwicklung beeinflusst.

Die Entwicklungen an den Finanz- und Beschaffungsmärkten können einen erheblichen Rückgang der Bautätigkeit und mithin des Finanzierungsbedarfs auslösen, der sich möglicherweise in geringerer Nachfrage im Baufinanzierungsgeschäft mit der Folge niedrigerer Zinserträge niederschlagen wird.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das nächste Geschäftsjahr die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt „2. Leistungsindikatoren“ (Seite 21):

Beim Betriebsergebnis nach Bewertung (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit) erwarten wir eine leichte Steigerung von 4,676 Mio. € auf 4,826 Mio. €.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und Ausweitung der Geschäftsguthaben. Weiterhin erwarten wir eine leichte Steigerung der Kernkapitalquote, u.a. bedingt durch die neue CRR-III-Berechnungsmethodik. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

Gesamtaussage

Wir erwarten unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG insgesamt zufriedenstellend entwickeln werden. Die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität ist gewährleistet. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist wegen einer planvollen Liquiditätsvorsorge sowie ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen. Sondereinflüsse können sich wegen der anhaltenden geopolitischen Spannungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Finanzmärkte ergeben. Insgesamt rechnen wir für das nächste Geschäftsjahr mit einem leichten Rückgang des Jahresüberschusses nach Steuern.

Risiken

Wesentliche Risiken für die Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer schlechteren Konjunkturentwicklung als prognostiziert, die zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen könnte sowie bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer deutlich besseren Konjunkturentwicklung als prognostiziert, was zu einer positiveren Geschäftsentwicklung führen könnte.

Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

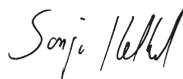
Karlsruhe, 31. März 2025

PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Der Vorstand



Christian Berle



Sonja Kelkel

B. Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Der vorliegende Jahresabschluss 2024 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Karlsruhe, 20. Mai 2025



Harald Sparr
Vorsitzender des Aufsichtsrats

PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Geschäftsstellen

76137 Karlsruhe, Philipp-Reis-Str. 1

67346 Speyer, Wormser Str. 14 – 15

